



Foto: alq-images/picture alliance

Mühsamer Wassertransport im dürregeplagten Äthiopien

Millionen Menschen droht der Hunger

Dürre bewirkt Ernteausfälle in weiten Teilen Afrikas

In Syrien, dem Irak und weiteren Ländern dieser krisengeschüttelten Region befinden sich nach wie vor geschätzte 15 Millionen Menschen auf der Flucht. Dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und dem World Food Programme (WFP) der Vereinten Nationen fehlen die Mittel, um die größte Not zu lindern. Deshalb wurden im Jahr 2015 die Lebensmittelrationen in den Flüchtlingslagern etwa in Libanon oder Jordanien drastisch gekürzt. Bei einer Geberkonferenz Anfang Februar 2016 in London konnten die Vertreter von rund 70 teilnehmenden Staaten überzeugt werden, in den kommenden Jahren insgesamt rund neun Milliarden Euro an in-

ternationale Hilfsorganisationen für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge zu überweisen.

Vor diesem Hintergrund waren die Hiobsbotschaften, die Anfang dieses Jahres aus dem Osten und Süden des afrikanischen Kontinents kamen, besonders erschreckend. Es drohen gewaltige Ernteausfälle, nach Meinung der meisten Experten ausgelöst durch das alle zwei bis sieben Jahre vorkommende Wetterphänomen „El Niño“, das Ende 2015 so stark aufgetreten ist wie schon lange nicht mehr. Die Auswirkungen sind regional unterschiedlich: Während sich in Tansania, Kenia oder Ruanda sehr trockene Perioden mit heftigen Regenfäl-

len abwechseln, wodurch Überschwemmungen und Erdbeben ausgelöst werden, leiden andere Länder unter extremer Trockenheit. Seit 30 Jahren habe es in Äthiopien keine solche Dürre gegeben wie jetzt, betonte UN-Generalsekretär Ban Ki Moon Ende Januar 2016 beim Gipfel der Afrikanischen Union in Addis Abeba.

Äthiopien

In Äthiopien, mit rund 100 Millionen Einwohnern das bevölkerungsmäßig zweitgrößte Land Afrikas, sind nach Angaben der Regierung etwa zehn Millionen Menschen von Unterernährung

bedroht. Das WFP rechnet mit rund 1,3 Milliarden Euro, die 2016 nötig sind, um in Äthiopien die erforderliche Nothilfe leisten zu können. Die Krise trifft das Land mitten in einem ökonomischen Aufschwung. Der autoritäre Kurs der Regierung Desalegn hat dem Land teilweise zweistellige Wachstumsraten beschert. Vor allem asiatische Unternehmen investieren in Äthiopien, die Infrastruktur wird mancherorts ausgebaut und die Wirtschaft modernisiert. Allerdings leben nach wie vor rund 80 Prozent der Äthiopier von der Landwirtschaft.

Und hier hat, neben der Dürre, auch die äthiopische Regierung eine Mitverantwortung für die bedrohliche Situation: Seit einigen Jahren verkauft sie große Landflächen an internationale Investoren. Viele Kleinbauern, die zuvor ihre eigenen Felder bewirtschaftet haben, verloren diese, wurden umgesiedelt und müssen sich jetzt zu sehr geringen Löhnen als Arbeitskräfte bei Agrarkonzernen verdingen.

Immerhin: Im Gegensatz zum Katastrophenjahr 1984, als Äthiopien von einer Militärjunta beherrscht wurde, hat die Regierung diesmal rechtzeitig Alarm geschlagen und Geld für die Nothilfe zur Verfügung gestellt. Auch nach Auffassung des WFP hat Äthiopien einiges dafür getan, um die Bevölkerung besser vor den Folgen von Dürren zu schützen, unter anderem durch überall im Land verteilte Gesundheitszentren, die sich um die Ernährungssituation der Bevölkerung kümmern.

Somalia und Südsudan

In Somalia, seit rund einem Vierteljahrhundert in einer politischen Dauerkrise, ist die Situation ebenfalls bedrohlich. Nach Angaben des Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), bei den Vereinten Nationen für die Koordination der Nothilfe zuständig, benötigen dort knapp fünf Millionen Menschen, etwa die Hälfte der gesamten Bevölkerung, Hilfe zum Überleben. Knapp eine Million gelten sogar als akut bedroht. Besonders schlimm ist die Lage der Menschen, die wegen des Terrors der islamistischen Miliz Al Schabaab nicht in ihre Dörfer zurückkehren und die Felder bestellen können.

Im Südsudan, wo laut UN knapp drei Millionen Menschen auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen sind, verstärkt der anhaltende Bürgerkrieg zwischen den Anhängern von Präsident Salva Kiir und denen seines ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar die Hungerkrise – trotz eines im August 2015 geschlossenen Friedensvertrags. „Im Südsudan herrscht eine gefährliche Mischung aus Gewalt, wirtschaftlicher Not und mangelndem Regen. Diese Kombination wird die Hungerperiode verschärfen und somit werden noch mehr Menschen unter Mangelernährung und Hunger leiden“, so WFP-Landesdirektorin Joyce Luma.

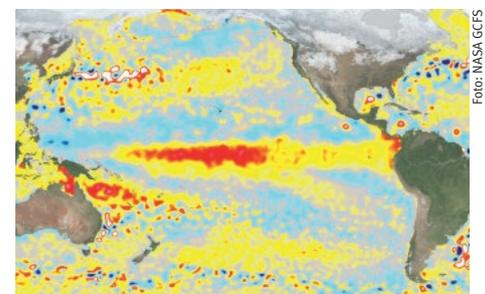
Eigentlich verfügt der Südsudan über ein enormes Potential für die landwirtschaftliche Produktion, mehr als 90 Prozent des Landes gelten als fruchtbar. Aber schon 2011, als der Südsudan unabhängig wurde, wurden nur 4,5 Prozent der verfügbaren Fläche genutzt. Inzwischen sind es noch weniger, sagt Serge Tissot, Landesdirektor für den Südsudan bei der Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO). „Jetzt, nach mehr als zwei Jahren Bürgerkrieg, ist dieser Prozentsatz aufgrund der weit verbreiteten Unsicherheit, Schäden an landwirtschaftlichen Produktionsmitteln und Beschränkungen der traditionellen Anbaumethoden stark zurückgegangen.“

Südliches Afrika

Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen im Jahr 1904 hat es in Südafrika nicht so wenig geregnet wie 2015. Fünf der neun Provinzen des Landes wurden zu Notstandsgebieten erklärt. Mehrere Zehntausend Rinder sind verendet, die Vorhersagen für die Maiseinnte prophezeien einen Rückgang von 25 Prozent. Ein großes Problem für die vielen Kleinbauern, die nach dem Ende des Apartheid-Regimes eigenes Land bekamen – aber auch für die großen Farmer, die normalerweise so viel produzieren, dass große Teile der Maiseinnte exportiert werden können. 2016 wird Südafrika mindestens sechs Millionen Tonnen Mais einführen müssen.

Auch in Simbabwe, Sambia, Malawi und Lesotho hat es zwei Jahre lang kaum geregnet. Selbst Simbabwe, dessen mittlerweile 92-jäh-

riger Präsident Robert Mugabe sich sonst selten derartigen Problemen stellt, hat Anfang Februar 2016 um internationale Hilfe in Höhe von 1,6 Milliarden Dollar gebeten. Nach Angaben von Vizepräsident Emmerson Mnangagwa benötigt das Land alleine 720 Millionen Dollar, um 1,4 Millionen Tonnen Mais importieren zu können. Mit rund drei Millionen Menschen ist ein Fünftel der Bevölkerung Simbabwes von Hunger bedroht. Ebenso wie Malawi und Lesotho hat Simbabwe offiziell den Katastrophenzustand ausgerufen.



El Niño von 2009

El Niño

„El Niño“, das Christkind, nennen die Fischer im Pazifik ein alle zwei bis sieben Jahre zur Weihnachtszeit auftretendes Phänomen, das seinem harmlosen Namen zum Trotz weltweit für teilweise katastrophale Wetterveränderungen sorgt. Dabei bricht das normalerweise vor der südamerikanischen Westküste vorherrschende Hochdruckgebiet zusammen. Die Windrichtungen verändern sich und dadurch auch die Meeresströmungen. Der kalte Humboldtstrom aus dem Süden wird abgelenkt, das Meer erwärmt sich, die Erträge beim Fischfang gehen teilweise dramatisch zurück. Heftige Stürme mit ergiebigen Regenfällen führen in Teilen Paraguays, Argentiniens oder Brasiliens zu Überschwemmungen.

Die veränderte Windzirkulation im Pazifikraum hat weltweite Auswirkungen. Wenn die Passatwinde mit ihrer feuchten Luft ausbleiben, fällt an der Ostküste Afrikas kein Regen, und auch in Australien und Indonesien drohen Trockenheit und extreme Waldbrandgefahr.